



Brzeg Dolny, Polen, den 25.07.2024

**UNITED FOR FREEDOM** Postfach 17 01 03 46030 Oberhausen

Niedersächsisches Justizministerium  
Frau Ministerin Dr. Wahlmann  
Am Waterlooplatz 1

30169 Hannover

Rücktrittsaufforderung

## Inakzeptabler Zustand der Niedersächsischen Justiz

Sehr geehrte Frau Ministerin der Justiz Dr. Wahlmann,  
als internationale Menschenrechtsorganisation nimmt **UNITED FOR FREEDOM** als Amicus Curiae oder als Dritte Partei an Gerichtsverfahren in verschiedenen Ländern teil, legt seine Analysen in Bezug auf Verstöße gegen Grund- und Menschenrechte vor und hat so erfolgreich für Rückabwicklungen von Verfahren, für die Freilassung von Gefangenen und für die Einleitung von Verfahren gegen Politiker, Richter, Staatsanwälte, Polizisten und andere Beamte gesorgt. Wir arbeiten auf Basis von Akteneinsicht, Beweisen und eigenen Ermittlungen sowie Gesprächen mit allen Beteiligten. Nur eine seriöse und kritische Arbeit verleiht uns die Glaubhaftigkeit, die notwendig ist, um Erfolge zu erzielen und in Fällen, in denen staatliche Organe zu Unrecht kritisiert werden, mit unserem Statement auf Basis einer objektiven und nachprüfbaren Analyse den Ruf der Betroffenen und das Vertrauen der Bürger in die betroffene staatliche Institution wieder herzustellen.

Die extrem engagierten Menschenrechtsverteidiger bei **UNITED FOR FREEDOM** sind ausnahmslos ehrenamtlich tätig, denn Recht und Gerechtigkeit dürfen niemals vom Geld oder Vermögen abhängig gemacht werden, sondern müssen ausnahmslos für alle Menschen gleichermaßen bestehen. Die Mitglieder der Ethics Commission von **UNITED**

**UNITED FOR FREEDOM** Ltd. by guarantee  
132-134 Great Ancoats Street Unit 620  
Manchester; England M4 6DE

Companies House Cardiff - United Kingdom  
Company Number: 13594830  
Company UTR: 17065 00318

Director International Affairs and Media /  
Chief Executive Officer  
Udo Christian Leibmann

#### Headoffice Contact

Phone +44 2 03 80 700 80

Mail  
**UFF** office@uff-org.com  
**UFF-TV** office@uff-tv.com

Web  
**UFF** https://uff-org.com  
**UFF-TV** https://uff-tv.com

#### Germany Contact & Post Address

Phone +49 32 21 325 90 09

Postfach 17 01 03  
46030 Oberhausen

#### Poland Contact & Post Address

Phone +48 22 11 898 30  
Fax +48 22 11 898 31

Skr. Poczt. 10  
PL 56-120 Brzeg Dolny



**UNITED FOR FREEDOM** is an international Human Rights Organisation that also fights for Consumer Rights as well as Animal & Nature Welfare.



**UNITED FOR CHILDREN** of **UFF** is an independent Department for Children's Rights. The **CHILDREN'S RESCUE TASK FORCE** is part of this Department.



**BACK TO NATURE** is an independent Animal & Nature Welfare Department of **UFF**. The slogan of **BACK TO NATURE** is **Just Science, No Ideology!**



**UFF-TV** is the Department for independent Media in relation to Human Rights as well as Animal & Nature Welfare.

**FOR FREEDOM** bringen das für deren Arbeit notwendige Fachwissen aus verschiedenen Gebieten der Wissenschaft inklusive der Rechtswissenschaften mit oder sind erfahrene Sicherheitsexperten sowie erfolgreiche Verteidiger der Menschenrechte. Es ist daher ein unzulässiger Angriff auf die Würde dieser selbstlosen Menschen, die selbst in den aktuellen so schwierigen Zeiten noch immer Zivilcourage zeigen, wenn diese dann de facto von Vertretern des Staates nicht ernst genommen oder sogar lächerlich gemacht werden.

Es ist nicht glaubhaft, dass ein Volljurist bei der Staatsanwaltschaft nicht in der Lage sein soll, zwischen einer privaten Person und einer eingetragenen internationalen Menschenrechtsorganisation, die bei jedem Schriftsatz oder jeder Intervention die Rechtsgrundlage ihres Handelns erneut aufzeigt und nachweist, zu unterscheiden. Des Weiteren ist es ebenso unglaublich, dass ein Volljurist das Aufzeigen der eindeutigen Rechtslage und die Angabe von Rechtsgrundlagen als persönliche, also subjektive Rechtsauffassung deklariert und somit weder versucht die Rechtsgrundlagen zu widerlegen noch bereit ist diese anzuerkennen, sondern diese einfach rechtswidrig ignoriert.

Wir haben also nicht unsere Meinung kundgetan, sondern aufgezeigt, dass die Justiz in Niedersachsen wissentlich und vorsätzlich gegen das Recht verstoßen hat. Sie hat dies sogar weiterhin nach dem Aufzeigen der sogar über die Instanzen hinweg bestehenden Rechtsbrüche sowie der vorhandenen Verstöße gegen die Menschenrechte, also eindeutig wissentlich und vorsätzlich fortgesetzt. Dies geschah alles mit Ihrem Wissen und unter Ihrer Verantwortung. Sie haben also bei der Ausübung Ihres Amtes als Ministerin der Justiz in Niedersachsen vorsätzlich zugelassen, dass noch weitere Verstöße gegen die Menschenrechte durch Ihnen unterstellte Juristen sowie Beamte der Justiz begangen wurden, anstatt das Unrecht umgehend zu beenden und dort, wo dies noch möglich ist, den Rechtsbruch sogar zu heilen.

Wir haben Ihnen detailliert aufgezeigt, dass:

- die Anweisung des Verteidigungsministeriums sowie der Vorgesetzten bei der Bundeswehr bezüglich des Impfwangs nicht mit **Artikel 7 ICCPR** in Verbindung mit **Artikel 4 Abs. 2 ICCPR** zu bringen sind sowie das **CCPR General Comment No. 20: Article 7 Point 3** auch keine andere Interpretation als die unsere zulässt!
- die Urteile der Gerichte bezüglich der Gehorsamsverweigerung, die rechtswidrig gegenüber vielen Soldaten gefällt wurden, die sich nicht der illegalen Anweisung zum Impfen gegen SARS-CoV-2, also einem unzulässigen Impfwang unterwerfen wollten, ebenfalls nicht in Einklang mit den Menschenrechten, wie z.B. mit **Artikel 6 EMRK**, **Artikel 7 EMRK** und **Artikel 14 Abs. 2 ICCPR** zu bringen sind. Diese Urteile sind somit unzweifelhaft rechtswidrig, ergo nicht vollstreckbar!

- die Vollstreckung der rechtswidrigen Urteile als Straftaten zu werten sind, gegen **Artikel 9 ICCPR** verstoßen und eine Bestrafung derjenigen, die sich daran beteiligen, obligatorisch, also unumgänglich ist. **CCPR General Comment No. 35: Article 9** bestätigt unsere Auffassung!

Dennoch führte unsere Aufklärung über die obligatorische Rechtslage nicht zu deren Einhaltung, sondern es kam vorsätzlich und provokativ zu weiteren Verstößen gegen die Menschenrechte sowie zu willkürlichen Gesetzesbrüchen durch den Leiter der JVA-Lingen, Herrn Meik Portmann, sowie Justizbeamte der Abteilung Damaschke der JVA-Lingen.

Auch das Verhalten des Generalstaatsanwaltes von Oldenburg, Andreas Heuer, muss zu dessen sofortiger Abberufung führen. Auch er hat es unterlassen, etwas zu unternehmen, um für die Einhaltung des Rechts generell sowie in seiner Behörde zu sorgen. Generalstaatsanwalt Andreas Heuer hat trotz unserer wiederholten Hinweise an die Generalstaatsanwaltschaft Oldenburg weiterhin durch die ihm untergeordneten Behörden willkürlich Straftaten begehen sowie geltendes obligatorisches Recht ignorieren lassen.

Abschließend sei noch auf das untragbare Verhalten der Staatsanwaltschaft Aurich unter der Verantwortung des leitenden Oberstaatsanwalts Florian Eiser hingewiesen, welches von reiner Willkür geprägt war und eines Rechtsstaates unwürdig ist. Denn diese hat wie bereits erwähnt willkürlich unsere aufgezeigten Rechtsgrundlagen sowie unseren Statuts als internationale Menschenrechtsorganisation ignoriert. Sie hat sogar unsere professionelle Arbeit zu einem beliebigen Gnadengesuch oder einer sonstigen Eingabe einer Privatperson degradiert. Dies ist weder mit **A/RES/53/144 der Vereinten Nationen** noch mit **Artikel 2 des Vertrages über die Europäische Union und des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union 2016/C 202/01, 2016/C 202/02** sowie den darauf basierenden **Leitlinien der Europäischen Union zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern** in Einklang zu bringen.

Aus den oben genannten Gründen sowie dem desolaten, inakzeptablen Zustand der Justiz in Niedersachsen, welcher weder mit den Anforderungen aus den Menschenrechten noch mit denen eines Rechtsstaates in Einklang zu bringen ist, fordern wir Sie hiermit auf, Ihr Amt als Ministerin der Justiz mit sofortiger Wirkung niederzulegen. Des Weiteren legen wir Ihnen nahe, eine Selbstanzeige wegen der von Ihnen begangenen Straftaten zu erstatten, um dem Ihnen anvertrauten Ministeramt, der ehrenvollen Aufgabe als Hüter der Justiz in salomonischer Weisheit wenigstens einen Funken Würde zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

  
Udo Leibmann

Anhang:

- Schreiben der Generalstaatsanwaltschaft Oldenburg
- Erstes Schreiben der Staatsanwaltschaft Aurich
- Zweites Schreiben der Staatsanwaltschaft Aurich
- Aufforderung zur Beendigung der rechtswidrigen Behinderung unserer Arbeit als Human Rights Defender (von **UFF** an das Justizministerium Niedersachsen)

